

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

15.10.1929 (No. 240)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Herausgeber
Nr. 353
und 354
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
C. Schmidt
E. Amen
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenschein gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Verbreitung, und Konfiskationsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Waffeneinsatz, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

An das deutsche Volk!

Der Aufruf gegen das Volksbegehren der Rechten

Der angekündigte Aufruf einer großen Anzahl prominenter Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft wird nun veröffentlicht. Er hat folgenden Wortlaut:

Seit mehr als zehn Jahren kämpft das deutsche Volk gegen die ungeheuren Lasten, die ihm der Vertrag von Versailles als Folge eines heldenhafte geführten, aber verlorenen Krieges auferlegt hat. Nach einer Epoche, in der die Siegerstaaten durch Anwendung einer ungehemmten Nachpolitik Deutschland ihren Willen aufzuzwingen suchten, einer Epoche, die Deutschland nahe an den Rand des Abgrundes brachte, gelang es endlich den deutschen Bemühungen, einen Umschwung herbeizuführen. Andere Methoden der Politik kamen zur Geltung und schützten unser Vaterland vor den drohenden Gefahren. Auf die Zeit der Gewalt und der einseitigen Diktate folgten die Zeit der Unterhandlungen und der Verständigung. Die Vernunft setzte sich durch. Deutsche Männer traten hervor, festen Herzens und klaren Kopfes, unbekümmert um den Fanatismus, der ihnen aus dem eignen Volke entgegenstrebte. Diese Männer wiesen den Weg in die bessere Zukunft. Es zeigte sich immer mehr, daß nur auf diesem Weg das Ziel der Befreiung Deutschlands erreicht werden konnte. Das Ergebnis dieser mühsamen, aber allein möglichen Politik ist, daß sich die Stellung Deutschlands unter den Völkern wieder gefestigt hat.

Jetzt steht in kurzer Frist die Befreiung des Rheinlandes von fremder Besatzung bevor. Die Reparationen sollen um erhebliche Jahresbeträge herabgesetzt werden, die dem Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft zugute kommen werden. Die Souveränität der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft soll wiederhergestellt werden. Es sind Verhandlungen eingeleitet, um auch das Saargebiet alsbald wieder reiflos mit dem übrigen Deutschland zu vereinigen. Gewiß sind damit noch nicht alle Aufgaben der deutschen Politik erfüllt, aber es ist der Weg eröffnet, um den Wiederaufbau Deutschlands zu Ende zu führen und unserem Lande die Zukunft zu sichern, auf die es ein Recht hat.

Diese Entwicklung soll jetzt mit einem Male abgebrochen werden, ein Volksbegehren soll zustande gebracht werden, das die grundsätzliche Abkehr von der Politik der Verständigung und der Verständigung verlangt, und das den Anschein zu erwecken sucht, als ob Deutschland jetzt seine Wünsche und Forderungen den Siegern des Weltkrieges aufzwingen könnte. Deutschland soll sich loslösen von den Haager Vereinbarungen über die Befreiung des Rheinlandes; man glaubt, durch einseitige deutsche Beschlüsse die fremden Truppen aus den besetzten Gebieten herausbringen zu können. Deutschland soll die schwebenden Verhandlungen über die Erleichterung der Reparationslasten abbrechen und an den unerfüllbaren Bedingungen des Dawesplanes festhalten, um so eine finanzielle und wirtschaftliche Katastrophe herbeizuführen, deren unabsehbare Folgen jeder einzelne Deutsche zu tragen haben würde.

Ein solcher Plan ist keine ernsthafte verantwortungsvolle Politik, kein vernünftig denkender Deutscher, dem der Wiederaufstieg seines Vaterlandes am Herzen liegt, kann ein solches Vorhaben fördern. Trotzdem wagen die Urheber dieses Planes ein Gesek vorzuschlagen, das diejenigen Deutschen, die sich in verantwortlicher Stellung zu der bisher erfolgreich betriebenen Verständigungspolitik bekennen, als gemeine Landesverräter behandelt und mit Zuchthaus bedroht, ein Vorschlag, so ungeheuerlich, daß er als Versuch schlimmster Volkerverhetzung gebrandmarkt werden muß.

Das ganze „Volksbegehren“ ist auf einer offenkundigen Unehrlichkeit aufgebaut. Es stützt sich auf die uninnige Behauptung, daß die bisherige deutsche Außenpolitik auf der Anerkennung der Kriegsschuld Deutschlands beruhe, und daß die deutsche Regierung den Kriegsschuldartikel des Versailler Vertrages nur schriftlich zu widerrufen brauche, um Deutschland von allen Lasten und Pflichten des Vertrages zu befreien.

Niemals hat Deutschland den einseitigen Schuldpruch des Versailler Vertrages anerkannt. Jede deutsche Regierung hat dieses Unrecht in feierlichen Erklärungen zurückgewiesen. Das ist zuletzt noch geschehen in dem Aufruf, den am 10. Jahrestage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages der Herr Reichspräsident von Hindenburg und die Reichsregierung an das deutsche Volk gerichtet haben. Unermüdlich haben daneben die beruflichen deutschen Stellen die Welt über die wahren Ursachen des Krieges aufgeklärt. Der Erfolg dieser Arbeit tritt immer deutlicher zutage; der Glaube an das Märchen von der Allschuld Deutschlands schwindet immer mehr. Das „Volksbegehren“ würde diese hoffnungsvolle Entwicklung um Jahre zurückwerfen.

Das deutsche Volk hat jetzt zwischen Vernunft und Unfuss zu wählen. Wer nicht in törichter Verblendung den Bemühungen um den Wiederaufstieg des Vaterlandes in den Arm fallen will, muß diesem Volksbegehren fernbleiben. Wer es unterschreibt, fördert die Zerstückung und die Verflattung des deutschen Volkes.

Der Aufruf trägt folgende Unterschriften:

- Adelung, hessischer Staatspräsident; Adenauer, Oberbürgermeister von Köln; Albert, Reichsminister a. D.; Dr. Anschütz, Universitätsprofessor und Geh. Rat; Dr. Dr. rer. pol. h. c. Aereboe, Prof. und Geh. Reg.-Rat, Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Betriebslehre; Dr. Blücher, Oberbürgermeister von Dresden; Braun, preussischer Ministerpräsident; Dr. h. c. Bofsch, Stuttgart; Braht, Oberbürgermeister von Essen; Dr. Bredow, Reichslandsfunkkommissar; Dr. Bücher, Geh. Rat; von Bülow, Oberpräsident der Provinz Grenzmark; Dr. Curtius, Reichswirtschaftsminister; Dr. theol. et jur. Adolf Dammsche, Berlin; Deist, Anhaltischer Ministerpräsident; Dietrich, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft; Drake, Vorsitzender des sippischen Landespräsidiums; Dr. Dr. h. c. Drews, Staatsminister a. D.; Präsident des preussischen

Letzte Nachrichten

Das Reichskommissariat nach Wiesbaden

Wiesbaden, 15. Okt. (Tel.). Die nunmehr feststehend, wird das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete nach Räumung der Koblenzer Zone nach Wiesbaden verlegt.

Die Interalliierte Rheinlandkommission wird in der Zeit vom 10. bis 25. November ihren Sitz nach Wiesbaden verlegen.

Die Tagung des Organisationskomitees

Ein plötzlicher Todesfall in Baden-Baden

Baden-Baden, 15. Okt. (Tel.). Heute morgen ist der belgische Hauptvertreter im Organisationsausschuß der Bank für internationale Zahlungen an einem Herzschlag plötzlich verstorben. Gestern nachmittag wohnte er noch den Verhandlungen bei. Er verstarb, bevor ein Arzt zur Stelle war.

Im Organisationskomitee widmete der Vorsitzende, Präsident Reynolds, der die Vereinigten Staaten vertritt, dem heimgegangenen belgischen Delegierten Delacroix einen warmempfundenen Nachruf, ebenso der französische Delegierte Morel. Für die deutsche Delegation sprach Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der betonte, daß mit Delacroix ein Mann dahingegangen sei, der nach dem Kriege durch seine ruhige Hand viel zur Entspannung der Gegensätze zwischen den europäischen Völkern beigetragen habe. Mit klarem Blick habe er erkannt, daß die wirtschaftlichen Räte der Nachkriegszeit nur durch gemeinsame verständnisvolle Zusammenarbeit behoben werden könnten. Bereits im Jahre 1920 habe er der Brüsseler Finanzkonferenz ein Gutachten zur Gründung eines internationalen Finanzinstitutes vorgelegt. Als ständiger Vertreter der belgischen Regierung in der Reparationskommission sei er für eine mildere und ruhigere Verhandlungsart eingetreten. In Deutschland sei er aus seiner Tätigkeit als Reichsbankpräsident für die Eisenbahnobligationen bekannt gewesen, ein Amt, das er mit großem Eifer und Verständnis ausübte habe.

Eine im Sinne dieser Ausführungen gehaltenen und von Morel eingetragene Entschließung fand die Billigung des Ausschusses, der zum Zeichen der Trauer seine Arbeiten für heute unterbricht.

Der Berliner Skandal

Die Ellarets befehlen auch Gefängnisbeamte

Berlin, 15. Okt. (Tel.). Wie eine hiesige Korrespondenz im Zusammenhang mit der Verlegung der Ellarets in Berlin in besonders sichere Zellen mitteilt, haben die Ellarets sich durch reichliche Zigaretten spenden bei den Gefängnisbeamten beliebt zu machen versucht, um eine gegenseitige Verständigung für ihre Aussagen vor dem Vernehmungsbüro herbeizuführen. Ferner haben sie durch Gefangene, die innerhalb des Gebäudes Dienst verrichteten und eine gewisse Bewegungsfreiheit besitzen, durch Kassierer, die in Zigaretten und Zigaretten eingefügt waren, einen Verständigungsverkehr hergesteuert.

Darüber hinaus haben die Ellarets versucht, sich mit Lehmann in Verbindung zu setzen. In Briefen, die an Lehmann gelangten, haben sie ihn davor gewarnt, alles zu verraten, „a u s z u p a k e n“ und ihm damit gedroht, daß auch in ihrer jetzigen Lage ihre Machtmittel durchaus nicht erschöpft seien. Lehmann hat darauf von dem Kassiererverleiher Mitteilung gemacht. Die Untersuchung wegen dieser Angelegenheit erstreckt sich auf mehrere Beamte und Strafgefangene, die in den Zellen der Ellarets zu tun gehabt haben.

Oberverwaltungsgerichts; Einstein, Prof.; Falkenberg, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes; Klügel, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes; Dr. Fuchs, Oberpräsident der Rheinprovinz; Dr. h. c. Groener, Reichswehrminister; Gronowski, Oberpräsident der Provinz Westfalen; von Guérard, Reichsminister der Justiz; Dr. Dr. von Harraß, Prof. Wißl. Geh. Rat; Gerhart Hauptmann, Agnetendorf; Dr. Hilferding, Reichsminister der Finanzen; Dr. Jasper, Vorsitzender des braunschweigischen Staatsministeriums; Frau Marie Juchacz, W. d. N.; Dr. Dr. med. phil. et rer. pol. Kahl, ordentlicher Professor, Geh. Justizrat; Frau Katharina von Kardorff, Berlin; Dr. Rinne, Oberbürgermeister von Frankfurt a. d. O.; Dr. Rülls, Reichsminister a. D.; Kürbis, Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein; Leipart, Staatsminister a. D., M. d. R. W. R.; Dr. Lemald, Staatssekretär z. D.; Liebermann, Präsident der Akademie der Künste; Lippmann, Oberpräsident der Provinz Pommern; Lovig, Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Lübeck; Lorenz, Vorsitzender der Schaumburg-Lippeschen Landesregierung; Dr. Raier, Oberpräsident der Provinz Brandenburg; Thomas Mann, München; Frau Clara Meude, Berlin; Müller, Reichszentralrat; Dr. Wulert, Präsident des Deutschen Städtebundes; Wozke, Oberpräsident der Provinz Hannover; Dr. Onden, Professor; Dr. Peterßen, Präsident des Hamburger Senats; Dr. Rland, Prof. und Geh. Reg.-Rat; Dr. Dr. Freiherr von Reibnitz, Ministerpräsident; Dr. Saunisch, Reichsparlamentarier, Staatsminister a. D.; Dr. Schacht, Reichsbankpräsident; Dr. Schädel, Reichspostminister; Dr. Schmitt, badischer Staatspräsident; Gustav Schneider, W. d. N.; Frau Adele Schreiber-Krieger, W. d. N.; Sebering, Reichsminister des Innern; Dr. Siehr, Oberpräsident von Ostpreußen; Dr. h. c. Stegerwald, Reichswehrminister; Dr. Wirth, Reichsminister der besetzten Gebiete; Dr. Wissell, Reichsarbeitsminister; Frau Dr. Agnes von Zahn-Harnack, Berlin.

* Frankreich und die welt-politische Entwicklung

Es ist wahrscheinlich ein Glück für Frankreich, daß Poincaré gerade in einem Augenblick zurücktrat, in welchem sich die weltpolitische Lage ungunstigen Frankreichs verschob, und daß zur gleichen Zeit derjenige Staatsmann die Ministerpräsidentenschaft übernahm, der sicherlich noch am ehesten befähigt ist, die Machtstellung seines Landes auch den veränderten Verhältnissen anzupassen, nämlich Briand. Während der Ara Poincaré bot sich folgender Anblick dar: im Mittelpunkt der gesamten europäischen Geschehnisse stand Frankreich, und alle übrigen Staaten waren ihm entweder in Gehorsam verbündet oder durch seine Übermacht so eingeschüchtern, daß sie kaum jemals ernstlich rebellierten. Nur eine einzige Nation wagte es gelegentlich, außer der Reihe zu tanzen, und das war das Italien Mussolinis. Aber jedermann wußte, daß die stolze Haltung Mussolinis wohl die gefühlsmäßigen Beziehungen der beiden „lateinischen Schwestern“ verwirren, einseitigen aber bestimmt nicht den offenkundigen Bruch oder gar den Krieg provozieren werde.

Was die außereuropäischen Staaten betrifft, so gefiel sich Frankreich ihnen gegenüber immer wieder von neuem in der Rolle des „Schützers der Freiheit und der Zivilisation“. Und sicher ist, daß zumal in Südamerika manch einer auf solche Tiraden hereingefallen ist. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika war zu klug dazu. Und Frankreich zögerte nicht, die eigene Mitbestimmung darüber und über andere Dinge mit gewissen Verärgerungen in London in einen Topf zu werfen und aus dem Ganzen ein gegen Nordamerika gerichtetes Marineabkommen zwischen England und Frankreich zu brauen. Es war das wohl der Gipfelpunkt der diplomatischen Leistungen Frankreichs. Denn von da an setzte der Abstieg ein.

Schon der Kelloggpaß war ja eigentlich ein Streich, den die nordamerikanische Diplomatie unter geschickter Benützung der Friedendtheorie gegen Frankreich führte. Der Kelloggpaß mußte die Bestrebungen Frankreichs, seine Suprematie mit allen Mitteln, also auch marinepolitisch, zu befestigen, moralisch zunichte machen. Denn was haben militärische Bündnisse für einen Zweck, wenn der Krieg geächtet werden soll?

Die nordamerikanische Politik verfuhr bei alledem sehr konsequent und sehr klug. Amerika will keine Kriege, auch keine Kriege in Europa, da sie die Geschäfte stören. Und die Vorkehrung wird nach amerikanischem Glauben schon dafür sorgen, daß in einer befriedeten Welt Uncle Sam die besten Geschäfte macht! Auf dem Boden des Völkerbundes konnte Nordamerika die europäischen Unruheherde nicht gut an die Kette legen, da es selbst nicht Mitglied des Bundes ist. Also mußte ein anderer Weg beschritten werden. Der Kelloggpaß hat uns gezeigt, wie dieser Weg aussieht.

Und dann kam der große Umschwung in England: die Londoner Steigbügelhalter Frankreichs verschwanden von der politischen Bildfläche, und an ihre Stelle trat eine Regierung, die sich von der ersten Sekunde ihrer Amtstätigkeit an von Frankreichs Einfluß befreite und auch für Europa den Grundsatz der Friedlichkeit und Gleichberechtigung zum obersten Prinzip erhob. Den machtlüsterne Politikern an der Seine hätte aber England allein gewiß nicht imponiert. Und so kam die Kooperation zwischen Großbritannien und Nordamerika zustande. Sie schuf ein machtpolitisches Faktum, welches auch von den wildesten Pariser Chauvinisten respektiert werden mußte.

Bei alledem konnten erst die Amerikaner und dann die Engländer Macdonalds durchaus auf die Zustimmung Deutschlands rechnen. Denn auch wir sind der Meinung, daß uns Kriege nichts helfen können, und daß das deutsche Volk die besten Aussichten für seinen Wiederaufstieg hat, wenn allenthalben auf der Erde Frieden und Ruhe herrschen und die Lebensnotwendigkeiten einer jeden großen Nation gedeckt werden. Wir mögen über den Amerikanismus noch so kritisch urteilen, so ist doch an der Tatsache nichts zu ändern, daß bisher noch von allen Kulturnationen der Welt die Amerikaner die Redlichkeit unserer Außenpolitik und die bewunderungswürdigen wirtschaftlichen Anstrengungen unseres Volkes am offensten anerkannt haben. So hat jetzt wieder ein hervorragender Amerikaner erklärt, daß das deutsche Volk, als Ganzes gesehen, einen kaum noch zu überbietenden

Fleiß an den Tag lege, und daß alle Schichten unseres Volkes dabei Entbehrungen auf sich nehmen, wie sie bei anderen Nationen in diesem Maße nicht üblich sind. Als „ein Volk der Arbeit“ hat uns dieser Amerikaner gefeiert. Von einer solchen Beurteilung sticht die anderer Länder, deren Namen wir hier lieber nicht nennen wollen, sehr wenig vorteilhaft ab.

Jedenfalls ist der Friedensgedanke in Europa durch die Politik der angelsächsischen Kooperation zu einem Machtfaktor geworden. Und auch Frankreich wird sich mit dieser Tatsache abfinden müssen. Man kann sich denken, daß der ganze Prozeß der europäischen Wiedergesundung schneller und reibungsloser verläuft, wenn erst einmal Frankreich die rechte Einsicht bekommen hat und daraus die Lehren zieht. Die Erledigung der Saarfrage, die Frage einer neuen Revision des letzten Reparationsabkommens (Youngplan) und die gerechte Abrüstung in der ganzen Welt zu Lande und zu Wasser: das alles wird sich in kürzester Zeit erledigen lassen, wenn nur Frankreich in vernünftiger Weise entgegenkommt. Hoffen wir, daß Briand sich als der Staatsmann erweist, den das politische Geschick der Welt und Frankreich selbst in diesem Augenblick fordern. Dann wird man einst an seiner Totenbahre dieselben ehrenden Worte sprechen dürfen, wie sie jetzt an der Totenbahre Stresemanns gesprochen worden sind.

Schwere Zusammenstöße in Hannover

W. Hannover, 15. Okt. (Tel.) Gelegentlich einer am Montagabend in Linden stattgefundenen nationalsozialistischen Versammlung kam es gegen 24 Uhr beim Abzuge der Nationalsozialisten zu schweren Zusammenstößen. Es mußten insgesamt sieben Personen zwangsgewaltig werden, die Waffen bei sich trugen. Die Polizei, die im Verlaufe des Tumults mit Steinen und Flaschen beworfen wurde, mußte mit Gummiknüppeln vorgehen, um die Menge zu zerstreuen. Hierbei wurde ein Polizeibeamter so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Außerdem wurden mehrere Zivilpersonen verletzt, von denen eine ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Subloß vorübergehend verhaftet

W. Paris, 15. Okt. (Tel.) Habas berichtet aus Diederhosen, daß gestern abend um 8 Uhr bei der Kontrollen in dem Brüsseler Schnellzuge unter den Reisenden Alexander Subloß festgestellt und verhaftet worden ist. Subloß sei mit dem folgenden Zuge nach Luxemburg abgeschoben worden. Er habe erklärt, er sei aus Luxemburg ausgewiesen worden und beabsichtige, sich über Frankreich nach Spanien zu begeben. Da er seinen Plan nicht hätte ausführen können, wollte er sich nach Lüttich begeben.

Verhaftungen in Polen

W. Warschau, 15. Okt. (Tel.) Wie „Gyresz Poranny“ aus Bromberg gemeldet wird, ist in Thorn ein früherer Angestellter des deutschen Konsulats, Max Rawrowski, unter dem Vorwurf der Spionage zugunsten Deutschlands verhaftet worden. Er ist polnischer Staatsangehöriger und war bereits im April 1926 aus dem Dienst bei der sog. Abwanderungsstelle in Thorn entlassen worden.

Nach einer weiteren Meldung des Blattes aus Posen ist dort der Leiter des deutschen Pfadfinderverbands in Polen, Dr. Burhardt, verhaftet worden. Die Festnahme Burhardts steht angeblich im Zusammenhang mit dem Aufenthalt deutscher Pfadfinder aus Polen im Pfadfinderverband von Potsdam sowie ihrer Beteiligung an Abungen deutscher Jugendorganisationen.

Stresemann-Gedenkfeier in Basel. Am Sonntagvormittag hatte der hiesige Deutsche Biedertranz in Basel zu einer Stresemann-Gedenkfeier nach der Martinskirche eingeladen. Den Mittelpunkt der Feier bildete die Ansprache des Pfarrers Neuhaus, der eingehend die geschichtliche Bedeutung des Verstorbenen schilderte. Musikalische und gesangliche Vorträge umrahmten die Feier, die recht gut besucht war, obgleich die deutsche Kolonie eine Beteiligung abgelehnt hatte.

Neues deutsches Kabel. Die Legung des Kabels Emden-Rigo der Deutsch-Atlantischen Telegrafengesellschaft ist am Montag vollendet worden. Damit ist die wichtige Kabelverbindung, die vor dem Kriege nahezu 20 Jahre bestanden hatte, wiederhergestellt. Das Kabel wird dem Telegrafennetz Deutschland nebst Hinterländern mit Spanien, Portugal, den Mittelmeerländern sowie Südamerika, Afrika, Asien, Australien und Neuseeland dienen.

Vortrag in der badischen Kunsthalle Karlsruhe

Vor dem Kreis der „Freunde der badischen Kunsthalle“ hielt auf Veranlassung der Direktion Dr. Barth, Basel, der Konservator des dortigen Museums, einen Vortrag „Über das Verdrängen plastischer Kunstwerke“. Möchte das Replikat auch dem oder speziellen Fachmann etwas dürftig erscheinen, dem Laien jedenfalls, an den sich der Redner in erster Linie wenden wollte, brachten seine Bemerkungen großen Gewinn. Ausgehend von der Tatsache, daß die Plastik noch heute, weil das XIX. Jahrhundert vorwiegend ein Zeitalter der Malerei war, ein Stiefkinder der Kunst sei, und daß das Publikum noch gegenwärtig der anders gewordenen Situation kaum zu folgen vermöge, nahm er für sich und alle jene, die eben als naive Menschen vor allem an der Farbe Freude haben, das Postulat in Anspruch, gerade für diese ein bißchen mißachtete Plastik stets aufs neue werden zu dürfen. Und er tat es durch die zwar so einfach scheinende, aber schwerwiegende Frage: „Wie soll man berühmte Männer darstellen?“ An aus den Kellern der Kunsthalle herbeigeholten Beispielen und Gegenbeispielen suchte er sodann zu erläutern, worauf es dabei ankommt. An schlechtem Faltenwurf einer Lessing-Figur, an der Langweiligkeit einer Erwin-von-Steinbach-Statue, auch an der theatralischen Zierlichkeit einer Barbarossa-Gestalt wies er nach, wie durch derlei Außerlichkeiten niemals das Auge gefesselt werden könne, während andererseits der starke Eindruck eines mittelalterlichen Krieger- und Königs-Gipsabgusses vom Freiburger Münster gerade darauf beruhe, daß durch kraftvolle Fassung aller Einzelheiten eine Monumentalität erreicht sei. Weitere Vergleiche figürlicher Genres und an Büsten bestätigten seine Meinung, daß jede gute Plastik alles Schwammige und Weichliche zu vermeiden habe, um überhaupt nachhaltig wirken zu können. Mit einem herzlichen, dem verstorbenen Direktor Dr. Stork gewidmeten Nachwort schloß der Schweizer Gast seine Ausführungen, die alle Anwesenden zu lebhaftem Beifall verpflichteten.

Zur Seeabrüstung

Frankreich für Verzicht auf U-Boote

W. Paris, 15. Okt. (Tel.) Nach dem „New York Herald“ soll gestern in offiziellen französischen Kreisen die Erklärung abgegeben worden sein, daß Frankreich Italien eine Flottenparität, falls sie gewünscht werden sollte, nicht verweigern würde. Jedoch müsse Frankreich betonen, daß eine Abschaffung der U-Boote unmöglich sei. Sollten die Vereinigten Staaten und England auf der Londoner Konferenz darauf bestehen, dann würden die französischen Delegierten möglicherweise die Konferenz verlassen.

Die Lage in China

Vormarsch Fungs — Opposition gegen Tschangtaischel

W. Paris, 15. Okt. (Tel.) Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ schildert die gegenwärtige Lage in China wie folgt: Die Zensur der chinesischen Regierung wird besonders scharf über die Telegramme ausgeübt, so daß genaue Angaben über die Feindseligkeiten zwischen den rebellierenden Generälen und den Regierungstruppen fehlen. Man weiß nur, daß ein Teil der Armee Fungshuang von Westen nach Osten längs der Zentralschienenbahn marschiert, die die Provinz Honan durchquert, und daß der andere Teil der gleichen Armee von Norden nach Süden längs der Eisenbahnstrecke Peking-Hankau vorgeht. Tschangtaischel entsendet eilig Verstärkungen nach Norden, um den Truppen Fungshuang den Weg nach Hankau zu verlegen. Er habe Dekrete gegen die Generale Fungshuang und gegen diejenigen erlassen, die ein Manifest veröffentlichten, in dem Tschangtaischel beschuldigt wird, ein Tyrannenregime errichtet zu haben, sich mit Gewalt und Bestechung an der Macht zu erhalten, den letzten Kongreß der Kuomintang mit seinen Kreaturen besetzt und über die Erträge der Anleihe verfügt zu haben, ohne darüber Rechnung zu legen.

Gewisse Mitglieder des rechten Flügels der Kuomintang gehen mit dem nach Sontung geflüchteten linken Flügel zusammen. Sie bilden so eine Art Syndikat der unzufriedenen Politiker, das bereits die Liste des Direktoriums veröffentlicht hat, das die Leitung der Geschäfte im Falle des Sturzes der gegenwärtigen Regierung übernehmen soll. Auf dieser Liste stehen auch Hsienchen und Sunfo, Sohn Dr. Sunatzens. Hsienchen richtet dringende Hilferufe an Hsienchen mit dem Ersuchen, die Armee Fungshuang anzugreifen, aber Hsienchen antwortet ausweichend.

Schwere russisch-chinesische Kämpfe

W. London, 14. Okt. (Tel.) Reuter meldet aus Mukden: Die Einnahme der Stadt Laha-sun am Amur durch die Russen wird amtlich bestätigt. Drei chinesische Kanonenboote sind gesunken. 500 Matrosen ertranken. Auch die russischen Verluste sollen sehr schwer sein.

Die Arbeitslosigkeit steigt wieder langsam an

Nach den endgültigen Berichten der Landesarbeitsämter ist in der zweiten Septemberhälfte die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um nicht ganz 14 000 Personen oder 1,8 Proz. gestiegen. Von den am 30. September gezählten rund 750 000 Unterstühten waren 566 000 Männer und 183 000 Frauen. Auch in dem vorliegenden Berichtszeitraum beschränkte sich die Zunahme der Unterstühten ausschließlich auf die Männer (plus 20 000), während bei den Frauen wiederum eine Abnahme zu verzeichnen war (minus 65 000).

Die gleiche Erscheinung ließ sich auch in der Krisenunterstützung feststellen. Die weiblichen Hauptunterstützungsempfänger nahmen hier um rund 1 Proz. ab, während die männlichen um rund 2 Proz. anstiegen. Die Gesamtzunahme betraf sich auf 1500, so daß die Zahl der Unterstühten in der Krisenunterstützung nunmehr rund 162 000 beträgt.

Die Grenzlinie der Besetzungszonen

Im Versailler Vertrag wird die Nordgrenze der dritten Besetzungszone durch einige Richtpunkte gewissermaßen nur in der Luftlinie bestimmt. Es erwies sich daher als notwendig, sie für den Augenblick der Räumung genauer festzulegen. Dies ist durch eine soeben vom Reichskommissar für die besetzten Gebiete veröffentlichte Vereinbarung geschehen, die der Reichskommissar im Einvernehmen mit den beteiligten Landesbehörden am 30. September d. J. mit der interalliierten Rheinlandkommission getroffen hat. Die darin beschriebene Grenzlinie hält sich genau an die Versailler Richtpunkte und stellt außerdem klar, daß der Stadtkreis Aachen in seinem ganzen Gebietsumfang mit der zweiten Zone geräumt wird. In den vorausgegangenen Verhandlungen wurde ferner erreicht, daß einige Ortschaften der Kreise Daun und Adenau, die nach den Vorschlägen der Gegenseite noch weiter als besetzt gelten sollten, aus der dritten Zone ausscheiden.

Das englische Luftschiff R 101

machte am Montag seine erste Probefahrt. Es überflog London und umkreiste die St.-Pauls-Kathedrale. Das Luftschiff wurde von der Menge jubelnd begrüßt. Der Versuchslauf ist — wie erklärt wird — sehr zufriedenstellend verlaufen. Die Steuerorgane reagierten befriedend. Es wurden 88 Mann Besatzung und 14 Passagiere befördert. Die Maschinen arbeiteten zur vollen Zufriedenheit. Man erreichte eine Geschwindigkeit von 50 Stundenmeilen, ohne daß die Motoren auf volle Tourenzahl gebracht wurden.

W. London, 15. Okt. (Tel.) Die Morgenblätter äußern naturgemäß Befriedigung und Stolz über den gelungenen ersten Flug des „R 101“, wenn sie auch betonen, daß das Wetter gestern sehr günstig war, und daß es noch einer ganzen Anzahl von Versuchsläufen bedarf, bevor ein abschließendes Urteil über die Leistungen des Riesenluftschiffes gefällt werden könne.

„Times“ sagt: Es ist ein gutes Zeichen für die Zukunft, daß in diesem Jahre das schnellste Flugzeug und das größte Luftschiff von Engländern gebaut und geflogen worden sind. In anderen Mächten kommt verschiedentlich eine skeptische Stimmung zum Ausdruck. So sagt „Daily News“: Das Luftschiff scheint eine außerordentlich geringe Geschwindigkeit zu haben, und niemand weiß, ob es den Wetterbedingungen gewachsen sein wird, die auch nur etwas ungünstig sind.

„Graf Zeppelin“ wird am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr, zu seiner Balkan- und Schlesiensfahrt starten.

Das Luftschiff wird auf seiner nochmaligen Schweizerfahrt am 27. Oktober nachmittags zwischen 2 und 8 Uhr auf dem Flugplatz Dübendorf bei Zürich landen und einen etwa 1/2-tägigen Aufenthalt nehmen.

Im Befinden des bei einem Kraftwagenunglück in Berlin schwer verletzten Vorstehenden des ADGB, Theodor Veitart, ist laut „Vorwärts“ keine Verschlimmerung eingetreten. In den Montagabendstunden erlangte er das Bewußtsein wieder. Es wird niemand zu ihm gelassen, da es allergrößter Schonung bedarf.

Gegen das Volksbegehren der Rechten

Eine Rede des Reichsinnenministers

Vor der „Vereinigung Republikanische Presse“, die im Demokratischen Klub in Berlin tagte, sprach Montag abend Reichsinnenminister Severing über das Volksbegehren. Er gedachte der Stellungnahme Stresemanns, der nach der Rückkehr aus dem Haag die energische Führung des Abwehrkampfes gefordert habe, und erwähnte dann eine Äußerung Eugenbergs, der das Verbot des Stahlhelms im Rheinland und Westfalen als ungesetzlich bezeichnete, weil es ohne Zustimmung des ganzen Reichstags erfolgt sei. Minister Severing verwies demgegenüber darauf, daß sämtliche Kommentare zur Verfassung, die Rechtsprechung des Reichsgerichts und die bisherige Praxis des Reichsinnenministeriums ihm, Severing, recht gäben. Das Stahlhelmsverbot werde selbstverständlich aufrechterhalten werden.

Ein Aufruf des Reichsbanners

Unter der Überschrift „Die Stammrollen für Ehrabschneider liegen aus“, erläßt der Bundesvorstand des Reichsbanners einen Aufruf, in dem es heißt: Wer sich vom 16. bis 29. Oktober in die Liste des Volksbegehrens einzeichnet, wirft dem Reichspräsidenten vor, daß er eine Politik des Landesverrats gedeckt und gebilligt habe und von Rechtswegen mit allen Mitgliedern der Reichsregierung in ein Justizhaus geföhre. An Stresemanns Wahre rief Reichspräsident von Karoloff aus: „Unbegreiflich will mir scheinen, daß man es gewagt hat, diesem treuen Patrioten die politische, die nationale und die persönliche Ehre abzuspülen.“ Vom 16. bis 29. Oktober wird sich ermeinen, wer den traurigen Mut aufbringt, mit seinem Namen für ein ehrabschneiderisches Unternehmen einzustehen. Wer sich vom 16. bis 29. Oktober in die Liste des Volksbegehrens einzeichnet, ruft die fremden Truppen zurück über den Rhein, gibt Deutschland einer neuen Inflation und Inflation preis, stürzt das deutsche Volk in ein Chaos.

Eine Bekanntmachung des Kardinals Vertram

Die „Schlesische Volkszeitung“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Erzbischofs, Kardinal Vertram, zum Volksbegehren, in der es u. a. heißt:

„Wiederholt haben deutsche Bischöfe ernste Warnungen vor einer Teilnahme an solchen Vereinigungen und Besetzungen veröffentlicht, die eine ruhige und gesunde Festigung des inneren und äußeren Friedens des deutschen Volkes bedrohen. Nicht parteipolitische Stellungnahme oder Voreingenommenheit sind der Beweggrund solcher Kundgebungen, sondern die Sorge um den Wiederaufbau dessen, was durch Weltkrieg und Umsturz zerstört worden war. Eine Sorge mit schwerer Verantwortlichkeit lastet auf allen, die führende Stellungen im öffentlichen Leben haben. Das zur Abstimmung gestellte Volksbegehren würde die Bemühungen der Reichs- und Staatsregierung um eine Verständigung mit den Siegerstaaten in verhängnisvoller Weise durchkreuzen und die jahrelangen Bemühungen um den Wiederaufstieg des Vaterlandes schwer gefährden. Da diese Angelegenheit nicht eigentlich eine parteipolitische, sondern eine allgemeine vaterländische ist, so sei es dem hochwürdigen Klerus anheimgegeben, in äußerlichster Weise dahin zu wirken, daß die Diözesanen diesem Volksbegehren fernbleiben.“

Anträge der Rechten im bayerischen Landtag

Die deutschnationale Fraktion hat im Bayerischen Landtag einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung ersucht, im Reichsrat den den Youngplan betreffenden Abmachungen der Gaager Konferenz ihre Zustimmung zu versagen. Von der nationalsozialistischen Fraktion ist ein Antrag in gleichlautender Form eingelaufen. Außerdem haben die beiden Vorstehenden dieser Fraktionen ein gemeinsames Schreiben an das Landtagspräsidium mit dem Antrag auf sofortige Einberufung des Bayerischen Landtages gerichtet.

Kurze Nachrichten

Das Graf Dr. Stresemanns auf dem Luisenstädtischen Friedhof in Berlin wurde am Sonntag von über 100 000 Personen besucht.

Saarverhandlungen Ende Oktober. Frankreich hat vorgeschlagen, die Saarverhandlungen auf den 28. Oktober zu verschieben, da die Vorbereitungen der französischen Verhandlungskommission noch nicht genügend fortgeschritten sind, um die Verhandlungen ohne Verzögerung und Unterbrechung führen zu können.

Der Wohnungsausbruch des Reichstages hat am Montag in Stuttgart die Etablungen beschäftigt und ist abends nach Nürnberg weitergezogen.

Ärzte dürfen interieren. Wegen des Urteils der Strafkammer des Hamburger Landgerichts, die im Prozeß zweier Ärzte entschieden hat, daß das fortlaufende Inferat nach den Grundsätzen der Allgemeinheit nicht unzulässig sei, hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Diese Revision hat die Staatsanwaltschaft jetzt zurückgezogen. Damit erlangt das Urteil Rechtskraft.

Ein deutscher Bürgermeister von Windhof. Wie die „Deutsche Kolonialgesellschaft“ mitteilt, wurde der Deutsche J. Reiner, Herausgeber der „Allgemeinen Zeitung“ in Windhof, zum Bürgermeister von Windhof gewählt.

Drohungen gegen Macdonald. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ wird Macdonald bei seinem Aufenthalt in New York von einem großen Aufgebot bewaffneter Polizisten bewacht, da die amerikanischen Sinnfeind-Truppen mit einem Gewaltakt drohen haben.

Trotsky hat zusammen mit dem früheren russischen Botschafter in Paris, Katowski, um die Wiederaufnahme in die russische kommunistische Partei nachgesucht.

Beschlagnahme schweizerischer Uhren in Amerika. Wie der New York Herald berichtet, wurde am Freitag eine Sendung schweizerischer Uhrenwerke von den amerikanischen Zollbehörden beschlagnahmt, die behaupteten, die Ware sei auf Schmuggelwegen ins Land gekommen. Der Wert der Sendung wird auf etwa 100 000 Dollar geschätzt.

Wie der „D. Allg. Ztg.“ gemeldet wird, trägt der Raketenforscher Professor Oberth den ersten Versuch mit seiner Rakete in Gegenwart vieler Menschen auf der Greifswalder Düse durchzuführen. Man will vielmehr einen Startplatz wählen, der dem Publikum nicht bekannt ist. Es sollen lediglich einige Reichsbeamte anwesend sein. Außerdem wird man versuchen, den Flug der Rakete zu filmen.

Die Leiche des seit dem vorletzten Sonntag vermißten Lübecker Senators Niebour wurde treibend aufgefunden und geborgen. Die Leiche wies keinerlei Verletzungen auf, so daß mit Bestimmtheit angenommen werden kann, daß dem Senator ein Unglücksfall zugefallen ist.

Ein verheerendes Großfeuer zerstörte einen Teil der Lager und Schuppen der Keks- und Schokoladenfabrik in Landsbut (Niederbayern). Da in den Lagern große Mengen von Weizen, Weizenmehl und sonstige Vorräte lagerten, dürfte der Sachschaden mehrere 100 000 RM betragen.

Badischer Teil

Ein Vortrag des Staatspräsidenten im Rundfunk

Morgen, Mittwoch, abend 7 Uhr, wird Staatspräsident Dr. Schmitt im Rundfunk einen Vortrag über den Youngplan halten.

Zu dem Redeverbot gegen Münchmeyer

Eine kurze Anfrage des Herrn Abgeordneten D. Mayer, Karlsruhe, wurde vom Minister des Innern wie folgt beantwortet:

Das Redeverbot gegen das Mitglied der Nationalsozialistischen Partei, Herrn Münchmeyer, bleibt bis auf weiteres bestehen. Es ist keine rednerische Entgegnung, sondern eine bewusste falsche Behauptung, daß die zu gründende Reparationsbank mit dem Recht ausgestattet sei, sie dürfe in Deutschland unter Jünglingen und Mädchen Mutterungen auf die Exportfähigkeit der deutschen Jugend durchzuführen. Es ist auch eine bewußt ausgesprochene Unwahrheit, deutsche Jünglinge und Mädchen hätten nach den Kolonien auszuwandern, um dort die Arbeitskräfte der gegründeten Unternehmungen darzustellen. In vielen Presseorganen des Landes läßt sich leicht die Erregung der Bevölkerung über diese Behauptung feststellen, und von maßgebenden Mitgliedern verschiedener Parteien wurde ich gebeten, gegen die Verbreitung dieser Behauptung einzuschreiten.

Zu Punkt 1 der Anfrage des Herrn Abgeordneten D. Mayer erkläre ich, daß der § 30 des Polizeistrafgesetzbuches nur eine ausnahmsweise Anwendung finden kann. Der Sinn derselben ist aber, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen. Eine vorbeugende Maßnahme ist es, wenn von auswärts nach Baden kommende Redner daran verhindert werden, der Bevölkerung bewußt unwahre Behauptungen vorzutragen, die den Zweck haben, Unruhe und Erregung hervorzurufen. Solchen Rednern gegenüber ist eine scharfe Überwachung angeordnet. Mit Hilfe des § 30 des Strafgesetzes wird auch fernerhin die Verbreitung solcher schwerer, unwahrer Behauptungen, die geeignet sind, Störungen der allgemeinen Ordnung hervorzurufen, verhindert.

Zu Ziffer 2 der Anfrage wird erklärt, daß es keiner Partei verboten ist, den Youngplan sachlich zu kritisieren. Wegen einer sachlichen Kritik desselben ist gegen Redner der nationalsozialistischen Partei nicht eingeschritten worden.

Zu Ziffer 3 der Anfrage habe ich eine Erklärung nicht abzugeben.

Zur Aufklärung über die Persönlichkeit des Herrn Münchmeyer ist noch zu bemerken, daß derselbe in Vorwurf seines Amtes als evangelischer Geistlicher entlassen worden mußte, nachdem ihm durch Gerichtsurteil bestätigt worden war, daß sein persönliches Verhalten mit seinen Worten nicht in Übereinstimmung steht. Der preußische Minister des Innern, Graf Junz, hat bereits im Juni 1929 angeordnet, daß die Wortge und Neben des Herrn Münchmeyer überwacht werden, weil dessen Auftreten eine starke Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung darstellt. Auf die Möglichkeit der Auflosungen von Versammlungen, in denen Herr Münchmeyer als Redner auftritt, wurde hierbei besonders hingewiesen.

Die deutsch-nationale Anfrage hatte folgenden Wortlaut:

„1. Ist der Regierung nicht bekannt, daß nach der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs der § 30 des Polizeistrafgesetzbuches keine Handhabe zu einem längeren Redeverbot bietet? 2. Welche Mittelungen oder Ausführungen über den Inhalt und die Auswirkungen des Youngplanes sind nach der Meinung der Regierung, die in dieser Sache Partei ist, „durchaus unwahr“? Wann überschreitet man nach der Meinung der Regierung, die, wie gesagt, in diesem Falle Partei ist, in der Kritik des Youngplanes die erlaubten Grenzen? Kennt es die Regierung überhaupt, eine starke Erregung in die Bevölkerung hineinbringen, wenn, wie diese, über den Youngplan aufklären, gegenüber der von der andern Seite geführenden Anpreisung des Youngplans? 3. Erwägt vielleicht gar die Regierung, wegen des Volksbegehrens in Sachen des Youngplans und der deswegen notwendigen rednerischen Begründung und Empfehlung dieses Volksbegehrens von dem Absatz 4 des Artikels 48 der Reichsverfassung im Hinblick auf Artikel 118, Absatz 1, im Einzelfall oder überhaupt Gebrauch zu machen? — Die Angelegenheit wäre zweckmäßiger im Rahmen einer förmlichen Anfrage zu behandeln. Andere Vorgänge im deutschen Vaterland legen das nahe. Da der Landtag geschlossen ist, kann dieser Weg nicht beschritten werden. Ich muß mich daher mit einer kurzen Anfrage begnügen, und ebenso mit einer schriftlichen Beantwortung.“

Der badische Landes-Wohnungsfürsorge-Verein

hat am Sonntag, den 6. Oktober, in Karlsruhe, im Landtagsgebäude, unter dem Vorsitz von Domkaplan Dr. Rehbach, Freiburg, seine Jahresversammlung abgehalten.

Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Tätigkeit des Vereins recht reger war, und daß er insbesondere als Einberufungsstelle in Ausführung des Beamtenheimstätten-Gesetzes Bauparzellen und anderen Interessenten in großem Umfang Rat und Beistand gewährte. Der Kassenbericht zeigte ein befriedigendes Ergebnis. Die vom Vorstand vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden einstimmig genehmigt. Ebenso wurde als Ersatz für den nach Frankfurt a. M. verzogenen Regierungsbaumeister a. D. Ronge als Vorstandsmitglied Regierungsrat Dr. Koehler einstimmig bestätigt.

Zum Wohnheimstätten-Gesetz nahm die Versammlung nachstehende Entschlüsse an:

„Der Wiederaufbau unseres Volkes erfordert gesunde, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Grundlagen für die Familie. Dazu dient in hervorragendem Maße die Lösung der Wohnungsfrage. Deshalb muß das im Artikel 155 der Reichsverfassung verbriefte Ziel, die Wohnheimstätten mit Garten, für die deutschen Familien tatkräftig erstrebt werden. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn der Wohnboden, frei von unberechtigter Überfesterung, dem Volke zugänglich gemacht wird. Dies will das vom Reichstag schon wiederholt verlangte Wohnheimstätten-Gesetz.“

Die Hauptversammlung des Badischen Landeswohnungs-fürsorgevereins nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß der Badische Landtag die Vorlage dieses Gesetzes gefordert hat. Sie erwartet, daß die Reichsregierung nunmehr endlich den vielfachsten Verlangen und den Beschlüssen der Parlamente Folge gibt, und dem Reichstag den Entwurf des Gesetzes vorlegt.

Aus der Reihe der Mitglieder wurde der Vorstand ersucht, auf die neuerdings wieder auftretenden wilden Bauparzellen-gründungen ein besonderes Augenmerk zu haben, u. U. in der Öffentlichkeit vor solchen Unternehmungen zu warnen.

Am die Hauptversammlung schloß sich der „2. Wohnungstag in Baden“ an, über den bereits berichtet worden ist.

Reichsminister Dr. Dietrich in Karlsruhe

Reichsminister Dr. Dietrich, der Führer der badischen Demokraten im Wahllampf, hielt am Montag in einer Versammlung der Karlsruher Demokraten eine großangelegte Rede, in der er u. a. ausführte:

Der Wahllampf sei wichtig aus zwei Gründen. Einmal deswegen, weil in den nächsten Jahren die Fragen: Was wird aus den Ländern? und wie wird das Reich organisiert? entschieden werden. Die Demokratie erstreckt bei aller unitarischen Einstellung eine weitgehende Dezentralisation. Sie wolle zwar die Länder entpolitizieren, doch die Regierungen der Länder auf Dauer bestehen lassen und ihre Kompetenzen, besonders auf dem Gebiete der gesamten Verwaltung, unter Umständen noch erweitern. Dann ist die Landtagswahl besonders wichtig, weil im Verfolg des Youngplans eine vollkommene Neugestaltung des deutschen Steuerwesens in die Wege geleitet werden muß. Dabei sei darauf Bedacht zu nehmen, daß möglichst weitgehend die Realsteuern, insbesondere die Grund- und Gewerbesteuer, herabgesetzt und die Hauszinssteuer umgebildet wird.

Die badische Politik könne nur im Gesamtrahmen der deutschen Politik gesehen werden. Die innerpolitische Entwicklung sei bestimmt durch die Macht der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterkraft, welche auf dem Boden des heutigen Staates ihre Ziele verfolgt. Die Arbeitslosenfrage befriedige nicht in allen Teilen, doch würden mindestens 100 Millionen erspart. Neben dem Wachstumsfaktor der Arbeiter entwidle sich in Deutschland als zweiter Faktor der gewaltige Zusammenschluß auf allen Gebieten der Wirtschaft. Es erhebe sich schon vielfach die Frage: Privat oder Staatsmonopol? Diese Wirtschaftsmächte, die eine Gefahr für den Mittelstand seien, hätten den Willen, ihren wirtschaftlichen Einfluß in einen politischen umzuwandeln.

Zwischen der organisierten Arbeiterkraft und dem Großkapital stehe das Bürgertum und die Bauernschaft, die in ihrer Gesamtheit auch heute noch in der Lage wären, dem Staate und der Kultur das Gesicht zu geben, aber infolge ihrer Zersplitterung sind sie in Wirklichkeit machtlos. Deutlich zeige sich dies in Baden. Wenn das Bürgertum wieder etwas bedeuten wolle, dann müsse es diese selbständigeren Politik einstellen und zum Sammeln blasen. Ein Rückgang oder auch nur ein teilweiser Rückgang der Landwirtschaft würde die deutsche Wirtschaft vernichten. Es müsse ein Ausgleich zwischen den Interessen der Städte und der Bauern gefunden werden.

Redner wies dann auf die Bedeutung des Youngplans hin, die nicht nur darin bestehe, daß wir 700 Millionen pro Jahr weniger zu zahlen haben, sondern noch mehr darin, daß dieser Vorgang den Anlaß dazu geben wird, eine Steuerreform durchzuführen. Von der Art, wie diese durchgeführt wird, hänge das Schicksal des Mittelstandes ab. Wenn es nicht gelingt, die Realsteuern zu senken und auch die direkten Steuern zu ermäßigen, dann werden wir nicht nur dem Steuerdruck erliegen, sondern wir werden auch kein Kapital bilden. Der Youngplan bedeute zu einem erheblichen Teil die Liquidation des Krieges und die Wiederherstellung der deutschen Freiheit. Die Verpändung der Industrie hört auf, die Kontrolle der Steuern fehlt, der Reparationsagent verschwindet, die Reichsbank und die Reichsbahn werden reiflos, und über die Rückkehr der Saar wird verhandelt.

Redner betonte zum Schluß seiner Ausführungen, daß nur eine solche Politik, wie wir sie seit dem Zusammenbruch betrieben haben, das deutsche Volk wieder emporführen könne. Das allein sei nationale Politik.

Die Leibesübungen an den badischen Hochschulen

In welchem Maße auch an den badischen Hochschulen die Leibesübungen betrieben werden, zeigen die Vorlesungsberichte, die für das Wintersemester erschienen sind.

An der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg werden folgende Übungen abgehalten: Gymnastik, Turnen, Bogenschießen, Schwimmen, Fußball, Handball, Hockey, Eiskunstlauf, Skilanglauf, Kleintalbergsteigen, Schwimmen, Eislaufen, Skilauf (Krodenübungen) und Skifahren für Anfänger und Geübtere. Außerdem finden Kurse statt zur Ausbildung von Turnlehrern und Turnlehrerinnen. Zwei Semester Vor- und Hauptkurse, sowie zur Ausbildung von Schwimmlehrern und Schwimmlehrerinnen (zwei Semester) und von Rudertechnikern und Rudertechnikern (zwei Semester). Außerdem ein zwei Semester umfassender Kurs der vorbeugenden und ausgleichenden Leibesübungen und des orthopädischen Schulturnens.

An der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. sind alle im ersten und zweiten Semester stehenden Studenten zur Teilnahme an Leibesübungen verpflichtet. In jedes Kollegienbuch und jede Exmatrikel wird ein Vermerk über Teilnahme oder Nichtteilnahme an Leibesübungen eingetragen. Die Übungen umfassen: Gymnastik, Geräteturnen, Balddlauf, Handball, Fußball, Hockey, Schwimmen, Schießen, Sportfischen, Eiskunstlauf, Skilanglauf, Skifahren, Bergsteigen, Bergklettern und Eiskunstlauf. Auch findet ein vier Semester dauernder Lehrgang zur Ausbildung von Studierenden zu Turn- und Sportlehrern und -lehrerinnen statt.

An der Technischen Hochschule Friedericiana in Karlsruhe werden folgende Leibesübungen veranstaltet: Turnen, Balddlauf, Fußball, Handball, Hockey, Bogenschießen, Schwimmen, Mägen, Reiten, Fischen und Gymnastik. Für jeden Studierenden wird ein Leistungsbuch und eine Leistungsakte geführt, in welche jedes Semester Eintrag über die von dem Studierenden betriebenen Leibesübungen stattfinden muß.

Zugung des badischen Baugewerbes

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Landesverband Baden (St. Freiburg) hielt vor kurzer Zeit in Offenburg seine 22. ordentliche Hauptversammlung ab.

Im Verlaufe der Zugung befaßte sich der Landesverbandsvorsitzende, Architekt Ludwig Mayer, Freiburg, mit der Tarif- und Lohnbewegung des Jahres 1929 im badischen Baugewerbe. Sodann vertrat sich Dr. Ettwein, Freiburg, über die Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Der im Reichstag zur Annahme gekommene Kompromiß sei für die Wirtschaft untragbar. Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung dürfe nicht auf dem Wege einer Beitragserhöhung erfolgen, sondern nur durch eine Anpassung der Leistungen an die bestehenden Beiträge. Im Anschluß an dieses Referat wurde eine entsprechende Entschlußfassung angenommen. Es folgten dann noch Referate von Architekt Karl Feder, Baden-Baden, über den Stahlbau und von Baumeister Altenbach, Heidelberg, über die Unfallversicherung im Baugewerbe. In der anschließenden Aussprache wurde mit Nachdruck verlangt, daß die Bestimmungen der Verbindungsordnung peinlich durchgeführt werden.

In der Wohnung einer alten Frau, die am Sonntag in New York infolge Unterernährung gestorben ist, wurden Wertpapiere im Gesamtbetrag von 400 000 Dollar aufgefunden.

Zugungen

Zugung christlicher Textilarbeiter. In Vorrach fand vor einiger Zeit die Konferenz des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter statt. Das badische Innenministerium hatte zu der Konferenz Oberregierungsrat Emmele (Karlsruhe), Leiter des badischen Gewerbeaufsichtsamtes, entsandt. Der Verbandsvorsitzende Julius Müller (Düsseldorf), überbrachte die Grüße des Zentralverbandes und verbreitete sich über die schwere Wirtschaftslage in der deutschen Textilindustrie. Der Bezirksleiter, G. Kümmele (Freiburg), wies darauf hin, wie sehr gerade die Arbeiter der badischen Textilindustrie von der schweren Krise der Baumwollindustrie in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Konferenz kam nach längerer Aussprache zu der Feststellung, daß der größte Teil der Arbeiterkraft unter der jahrelangen Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit litt und daß dringend sofortige Abhilfe erforderlich sei.

Ein erstes badisches Kriegsgefangenenreffen fand am Samstag und Sonntag in Freiburg statt. Ein Gau Baden im Reichsbund der ehemaligen Kriegsgefangenen wurde gegründet mit dem Sitz in Freiburg. Der Gau dürfte etwa 7-800 Mitglieder umfassen. Der Sonntagvormittag war einer Totengedenkfeier auf dem Hauptfriedhof gewidmet zum treuen Gedenken der in Gefangenschaft und dahem verstorbenen Kameraden. Nachmittags folgte die 10. Gründungsfeier der Ortsgruppe Freiburg. Bürgermeister Dr. Hofner sprach namens der Stadtverwaltung und Bürgerschaft. Als Vertreter der Kriegsgräberfürsorge sprach General Bohlmann. Ehrenvorsitzender Rauch hielt die Festrede. Er sagte dabei u. a.: In der Entschädigungsfrage gelang es, sowohl die Regierung als auch den Reichstag von der Notwendigkeit einer Schlußregelung dieser Frage zu überzeugen. Parteipolitische Neutralität und Unparteilichkeit waren stets die Begleiter des Verbandes, dem Kameraden aus allen politischen Lagern angehören.

Landesversammlung des Badischen Philologenvereins. Die diesjährige Landesversammlung des Badischen Philologenvereins findet am 30. und 31. Oktober in Offenburg statt. Sie soll hauptsächlich der Behandlung gegenwärtig wichtiger Fragen der Beamten- und Schulpolitik dienen. Direktor Dr. Ott von der Goetheschule in Karlsruhe wird einen Vortrag über schwebende Probleme im deutschen Bildungswesen halten und auch die Frage behandeln, ob Englisch oder Französisch in den Realanstalten die erste Fremdsprache sein soll.

Aus der Landeshauptstadt

Asphaltstraßen und Kraftwagen. Zu unserer gestrigen Notiz schreibt uns ein Leser: Gleichzeitig mit Ihrer Notiz über die Gefahren der Asphaltstraßen für den Autoverkehr erscheint im „Karlsruher Tagblatt“ ein allem Anschein nach von unrichtiger Stelle stammender größerer Artikel, wonach in der Stadt Karlsruhe weiterhin alle neu zu bauenden Straßen mit Asphaltbedeckung versehen werden sollen. Da erheben sich mancherlei Fragen: Sind Sachverständigengutachten seitens der Stadtverwaltung über die Zweckmäßigkeit der verschiedenen Straßenbedeckungen eingeholt worden? Wer sind diese Sachverständigen? Eine Veröffentlichung der Gutachten wäre zweckmäßig. Wie hat sich die Betonprobefestigkeit in der Stephaniestraße behauptet? Wie erfolgte die Ausschreibung der Bauarbeiten? Waren von vornherein alle Angebote ausgeschlossen, die andere Systeme als die der Asphaltbedeckung betrafen? Ist für die zukünftigen Bauarbeiten deutsches Material vorgeschrieben? Wer haftet für Unfälle, die sich in Zukunft infolge der für den Autoverkehr ungeeigneten Eigenschaften der Asphaltbedeckung ereignen? Oder wird ein System angewandt, welches die Gefahren der Asphaltstraßen beseitigt?

Badisches Landestheater. Leffings „Minna von Barnhelm“ geht am Mittwoch, dem 16. Oktober, nachmittags 15½ Uhr, als „Schüleraufführung“ in Szene; Plätze im 2., 3. und 4. Rang sind für den allgemeinen Verkauf frei gehalten. Abends gelangt Tolstois Komödie „Subbotichas Hochzeit“ zur vierten Aufführung. — Nächste Wiederholung des ersten Teils des „Faust“ findet am Freitag, dem 18. Oktober, statt. — Am Samstag, dem 19. Oktober, erfolgt die Erstaufführung des Gegenwartsstücks „Trojaner“ von Curt Corinth, in der Inszenierung durch Felix Baumhach. Das Stück, das wichtige Fragen der heutigen Jugendbewegung in ihrer Bedeutung für das Erziehungsproblem berührt, läßt an einem Vorgang, wie er sich wohl heute irgendwo zugetragen haben könnte, obwohl es den Konflikt zur befriedigenden Lösung bringt, erkennen, wie ernst der geborene Fall im Grunde beurteilt werden muß, und daß auch ein tragischer Ausgang des Werks in den Voraussetzungen begründet wäre.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Die im Programmheft angekündigte, wöchentlich stattfindende „Öffentliche Vorlesung“ der Theaterakademie „Drama und Theater der Gegenwart“ mit Diskussionen hat am 8. Oktober ihren Anfang genommen. Die nächste findet Dienstag, den 15. Oktober, 16 Uhr, im Verwaltungsgebäude des Landestheaters statt. Karten für Platzmieter zu 1,50 M, für Nichtplatzmieter für 2 M pro Monat sind an der Theaterkasse erhältlich. Etwas Wänsche wegen Verlegung der Vorträge auf einen anderen Tag werden selbst entgegengenommen.

Colosseumtheater. Mit einem sensationellen Programm wird am 16. Oktober das Colosseum aufwarten. Neben einem erstklassigen internationalen Varietéprogramm kommt in Karlsruhe zum ersten Male die neue Schlagerrevue „Fräulein Karbon... ich glaub' wir kennen uns schon!“ Müßi von Will Meisel, zur Aufführung. Die Welschlager, „Wenn Du einmal Dein Herz verschenkst“, „Fanny trau bloß einem Mann nie“, „Die deutschen Mädel sind die schönsten“, „Fräulein Karbon... ich glaub' wir kennen uns schon“, „Du lieber Herrgott, schenk mir doch ein kleines Mädel“ usw., dazu ein glänzendes Zusammenspiel, interessante Darsteller, raffige Tänze und eine Handlung, gewürzt mit einer starken Dosis ungarischem Paprika, gemischt mit Berliner Pastetste-Philosophie und dem nötigen Schuß Sentimentalität, werden der Schlager-Revue „Fräulein Karbon... ich glaub' wir kennen uns schon“ auch in Karlsruhe zu einem Erfolg verhelfen, der ihr auf allen bisherigen Gastspielen in reichem Maße zuteil wurde. Man wird zu den Bevorzugten gehören, diese gefällige Revue gesehen zu haben. Karlsruhe ist groß, und nur 15 Aufführungen sind möglich.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das kontinentale Hochdruckgebiet beherrscht unverändert unsere Wetterlage, infolgedessen hat das heitere und tagsüber milde Wetter angehalten. Heute früh kam es nach längerer Nacht zu örtlicher Nebelbildung. In Norddeutschland herrscht unter dem Einfluß einer über Skandinavien hinweggezogenen Sturmschwelle noch immer trübes Wetter bei in der Höhe frischen Nordwestwinden. Ein Polarstürmchen, der die deutsche Küste erreicht hat, wird das kontinentale Hoch verstärken und im Nordwesten aufheizen, so daß mit Fortdauer des herbstlichen Hochdruckweters zu rechnen ist. Wetterausichten: Fortdauer des heiteren, trockenen und tagsüber milden Herbstweters bei leichten östlichen Winden, trübliche Morgemebel.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Marbach (bei Bisingen) wurde der bisherige Ortsvorstand Leonhard Schumann mit 150 von 213 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister wieder gewählt. Schumann war im Oktober 1920 zum erstenmal zum Bürgermeister gewählt worden. — Beim dritten Wahlgang zur Bürgermeisterwahl in Altheim (Buchen) erhielt Bauernvereinsvorstand Sans 291 Stimmen. Landwirt Müller 214 Stimmen. Landwirt Schmitt zog seine Kandidatur zurück. Sans ist somit zum Bürgermeister gewählt.

Bürgermeisterwahl in Ludwigshafen. Bei der vom Stadtrat Ludwigshafen vorgenommenen Wahl zweier Berufsbürgermeister wurde im ersten Wahlgang als erster Bürgermeister der seitliche Oberbürgermeister Dr. Weiß gewählt. Abgegeben wurden 31 Stimmen, wovon 23 auf Dr. Weiß lauteten. Sieben Stimmentzettel waren weiß und einer war wegen eines Doppelnamens ungültig. — Im zweiten Wahlgang wurde als zweiter Bürgermeister der seitliche Bürgermeister der Stadt, Paul Kleefoot, gewählt. Auch hier wurden 31 Stimmen abgegeben, von denen 27 auf den Namen Kleefoot lauteten. Die Gewählten erklärten sich zur Annahme der Wahl bereit. Ihr Dienstvertrag lautet nunmehr auf die Zeit vom 1. Januar 1930 bis 31. Dezember 1939. Die Wirtschaftliche Vereinigung war der Wahl ferngeblieben. Auch der kommunistische Vertreter verließ vor der Abstimmung das Wahllokal.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 15. Okt. Hier ist es gelungen, ein lange gesuchtes Hochkapfer- und Berberberpaar dingfest zu machen. Es handelt sich um einen gewissen Dollinger und seine Freundin Maria Sommerer, die jahrelang in Südwestdeutschland herumreisen und schwere Verbrechen verübten. Von ihnen wurden u. a. auch die Städte Mannheim, Ludwigshafen und andere süddeutsche Orte sowie die Gegenden von Neckar, Schwarzwald und Oberrhein heimgeführt. Sie unterhielten ihren sehr luxuriösen Lebenswandel mit Selbstbetrug und Urkundenfälschungen. Zum Schluß bezogen sie sich auf Gaunertricks, die darin bestanden, daß sie wertvolle Sachen von Geschäften ins Haus bringen ließen und der am Hauseingang stehende Dollinger die Waren abging, worauf beide dann das Weite suchten. Im ganzen werden gegen die beiden Schadenersatzansprüche und Geldforderungen bis zu 100.000 Reichsmark geltend gemacht. Die Verhaftung dieses Paares erfolgte in Magdeburg.

W. Mannheim, 15. Oktober. Am Montagabend drangen Unbekannte in die Wohnung einer alten alleinstehenden Frau ein, die ein kleines Lebensmittelgeschäft betreibt. Die Eindringlinge stürzten sich sofort auf die Frau, die sie unter Drohung von Schußwaffe u. Messer festhielten und knebelten. Aus verschiedenen Behältnissen entwendeten die Räuber etwa 2000 M. in Papiergeld und einiges Silbergeld. Sie sind unerkannt entflohen.

W. Mannheim, 14. Okt. In der Nacht zum Sonntag ist Stadtbaucaut Ernst Horowitz, der erst vor einem Vierteljahr infolge Krankheit in den Ruhestand versetzt worden ist, aus dem Leben geschieden. Im Jahre 1908 kam Horowitz, der aus Deutsch-Böhmen stammte, zur Mannheimer Stadtverwaltung, im Jahre darauf wurde er Vorstand der Wasser- und Hafenbauverwaltung.

W. Freiburg, 14. Okt. Nachdem die Arbeitgeberverbände die Forderungen der Arbeiter und Installateure, den Stundenlohn um 10 bis 22 Pf. zu erhöhen, als untragbar abgelehnt haben, sind die Arbeitnehmer ohne Kündigung in den Streik getreten.

W. Konstanz, 15. Oktober. Der Seewasserstand fällt immer noch. Die letzten Regenfälle haben keinen nennenswerten Einfluß auf den Wasserstand ausgeübt. Der See ist innerhalb der letzten vier Wochen um einen halben Meter gefallen.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Börsennotierungen**

	15. Oktober		14. Oktober	
	Preis	Wert	Preis	Wert
Amsterdam 100 G.	168.48	168.82	168.46	168.80
Kopenhagen 100 Kr.	111.95	112.17	111.95	112.17
Napoli . . . 100 L.	21.92	21.96	21.93	21.97
London . . . 1 Pf.	20.38	20.42	20.383	20.423
New York . . 1 D.	4.1865	4.1945	4.1881	4.1966
Paris . . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.965	81.125	80.97	81.13
Wien 100 Schilling	58.83	58.95	58.85	58.97
Prag . . . 100 Kr.	12.388	12.408	12.394	12.414

Die Rember Kraftwerkgesellschaft, die „Energie électrique du Rhin (Ufene de Rembs)“, beschloß in einer außerordentlichen Generalversammlung eine Kapitalerhöhung von 125 auf 250 Mill. Franken, und ermächtigte den Verwaltungsrat, die Summe der zu begebenden Obligationen, Bonds oder sonstigen festverzinslichen Wertpapiere auf 250 Mill. Franken festzusetzen. Die Kapitalerhöhung soll sofort durchgeführt werden durch Ausgabe von 250.000 gewöhnlichen Aktien und dreifünfteligen Vorzugsaktien à 500 Franken nom. zu 500 Franken, welche im Verhältnis einer neuen zu einer alten Aktie den bisherigen Aktionären angeboten werden. Durch die Ausgabe von dreifünfteligen Vorzugsaktien, deren Zahl vom Verwaltungsrat noch festzusetzen ist, soll die Einflußnahme ausländischer Kreise auf das Werk verhindert und die Durchführung der ursprünglichen Absichten der Gründer (Rheinseitenkanal?) sichergestellt werden. Die Kapitalerhöhung wird begründet mit der Erweiterung der Herstellungsarbeiten des Kraftwerkes, die programmäßig verlaufen und neue Kapitalien erfordern, mit der Beteiligung an einer Gesellschaft zur Errichtung hydraulischer Anlagen in den Bogenen zwecks Akkumulierung elektrischer Energien, welche die vom Rember Werk in den Leerstunden, hauptsächlich während der Nacht, erzeugten Energien verwerten sollen, und mit der Errichtung verschiedener großer Kraftstromlinien zur besseren Verteilung des Stromes (eine solche soll bis Trojes bei Paris angelegt werden). Die Baukosten, ohne die Ausgaben für die Staumwehr- und die Nebenanlagen, wurden ursprünglich auf 300 Mill. Franken geschätzt, dürften jedoch überschritten werden, obgleich es nach den bisherigen Erfahrungen nicht notwendig erscheint, die Umfassung des Kanals auszubetonieren. Das Anfangskapital von 125 Mill. Franken ist erst zur Hälfte eingezogen; die zweite Hälfte soll erst nach Inbetriebnahme des Werkes eingefordert werden.

Von der Rheinschiffahrt. Aus Necker Schiffsfahrtskreisen wird mitgeteilt: In den letzten Tagen sind in verschiedenen Wätern Alarmnachrichten verbreitet worden, daß die Rheinschiffahrt völlig lahmgelegt sei. Das entspricht nicht den Tatsachen, vielmehr wird der Verkehr aufrechterhalten. Allerdings kann man die Tonnage der Rähne nicht mehr voll ausnützen. Aber wenn gefragt wird, daß leere Rähne nicht mehr zu Tal fahren könnten, so ist das unzutreffend.

Keine Redarischiffahrt im September. Wegen andauerndem Niedrigwasser war, wie aus Heilbronn berichtet wird, die Güterschiffahrt auf dem Neckar auch im September ganz eingestellt. Es gelang nur, einige Mühlentransporte am unteren Neckar (19 Lokalgüter mit 49 Rähnen) zum Kanalbau bei Redargemünd-Redartheinach zur Ausfuhrung zu bringen. Infolge der vorgerückten Jahreszeit mußte auch die Redarischiffahrt u. G. ihre Personalfahrten zwischen Heilbronn-Wimpfen und bei Heidelberg gegen Monatsende einstellen.

Rheinische Gummi-Sprengstoffgruppe der J. G. Der „N. Bad. Landesztg.“ zufolge werden in der Verwaltung der Rheinischen Gummi in Mannheim-Redarou folgende Veränderungen vorgenommen: Der seitliche Aufsichtsrat wird erweitert. Er besteht zur Zeit aus Kommerzienrat Adolf Benfinger als

Vorsitzender Dr. Gust. Hohenmeyer, Handelskammerpräsidenten Genel. Reu in den Aufsichtsrat treten der seitliche Generaldirektor der Rheinischen Gummi- und Cellulosefabrik, Kommerzienrat Dr. h. c. Karl Benfinger und vier Mitglieder von Seiten der J. G. Farben. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Rheinischen Gummi, Kommerzienrat Adolf Benfinger, tritt in den Aufsichtsrat der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff-W.G. über.

Auslösung von Auslösungsberechtigten der Reichsanleiheablosungsschuld. Bei der Reichsschuldenverwaltung fand am Montag die diesjährige Auslösung von Auslösungsberechtigten der Reichsanleiheablosungsschuld des Deutschen Reiches statt. Die Auslösung erfolgt bestimmungsgemäß zum 31. Dezember d. J. auf den Nominalbetrag von 100 M. Ein schließlich Zinsen werden 581 M. ausgezahlt, also für 25 M. (1000 Mark frühere Kriegsanleihe) 145,25 M.

Staatsanzeiger

Dem Hauptauschuß der Deutschen Bergbau in München wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt. Karlsruhe, den 11. Oktober 1929.
Der Minister des Innern:
J. A. Schwarz.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Verwaltungsassistent August Waidmann bei der Landesversicherungsanstalt Baden zum Verwaltungssekretär; Verwaltungsassistent Alfons Birfel beim Bezirksamt Freiburg zum Verwaltungsassistenten.
Verwaltungsassistent Wilhelm Weiland bei der Landesversicherungsanstalt Baden zum Verwaltungssekretär.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Berufen in gleicher Eigenschaft:
Professor Dr. Oskar Eberhard von der Oberrealschule in Sinsheim an die Realschule in Mannheim-Feudenheim.
Zurückgesetzt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit:
Professor Emil Künkel am Gymnasium in Baden-Baden.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:
Rektor Gustav Schmitt in Mannheim auf 1. Januar 1930; Oberlehrer Heinrich Rupp in Teufschneureut, Amt Karlsruhe, auf 1. Januar 1930; Hauptlehrer Edmund Mühl in Überlingen (Amdorf) auf 1. Januar 1930; Hauptlehrer Augustin Rittenauer in Hornbach, Amt Buchen, auf 1. Januar 1930.

Justizministerium
Berufen:
Die Justizinspektoren Friedrich Kochert beim Amtsgericht Konstanz zur Staatsanwaltschaft daselbst, Franz Schladerer bei der Staatsanwaltschaft Konstanz zum Amtsgericht daselbst; die Justizassistenten Maginitian Braun beim Notariat Karlsruhe zum Amtsgericht — Arbeitsgericht — Mannheim, Josef Kohn beim Notariat Konstanz zum Landgericht daselbst und Max Ong beim Landgericht Konstanz zum Notariat daselbst. Staatsassistent August Frey beim Amtsgericht Konstanz zur Staatsanwaltschaft daselbst; die Aufseher Johann Wecker beim Landesgefängnis Mannheim zum Bezirksgefängnis Heidelberg und Adolf Schnaiter beim Bezirksgefängnis Heidelberg zum Landesgefängnis Mannheim.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes auf 1. Dez. 1929:
Obergerichtsvollzieher Josef Striegel beim Amtsgericht Rafzatt.

COLOSSEUM
Heute abend 8 Uhr
Letzte Vorstellung der großen Revue
„Komm zu mir“
Morgen abend 8 Uhr
Premiere
der großen Schlager-Revue
Fräulein! Pardon . . . !
und des erstklassigen Varieté-Programms

Nehmen Sie
bitte bei allen Einkäufen
und Bestellungen Bezug
auf die Anzeigen in der
Karlsruher Zeitung

**Parteiheften zu den
Bad. Landtagswahlen!**

Demokratische Partei:
Gertrud Bäumer, Grundlagen demokratischer Politik, 95 Seiten
statt 3 RM. jetzt nur 1,50 RM.

Zentrum:
Josef Joos, Politische Ideenwelt des Zentrums, 79 Seiten
statt 2,50 RM. jetzt nur 1,50 RM.

Deutsche Volkspartei:
Fhr. R. v. Rheinbaben, Liberale Politik im neuen Reiche, 65 Seiten
statt 2 RM. jetzt nur 1,50 RM.

Für den Vorsitzenden, den Redner, den Parteifreund leisten diese Darstellungen jetzt unentbehrliche Dienste Überall erhältlich

Verlag G. Braun, Karlsruhe

Holzwerthanleihe der Stadtgemeinde Böhrenbach

Festsetzung des am 1. November 1929 fälligen Zinsbetrages für die 6prozentige Holzwerthanleihe. § 868 Das staatliche Forstamt Furtwangen hat den Durchschnittspreis für 1 fm Fichtenholz III. Klasse für den der Zinsberechnung zugrunde zu legenden Zeitabschnitt auf 30,54 M festgesetzt. Hieraus berechnet sich der Geldwert für die am 1. November 1929 fälligen Jahreszinsen aus der 6prozentigen Holzwerthanleihe der Stadtgemeinde Böhrenbach auf 1,33 M je Festmeter.

Es werden somit die am 1. November 1929 fälligen Zinsfeste nach Abzug von 10 Prozent Kapitalertragsteuer wie folgt eingeteilt:

1 Zinschein zu d. Stück Lit. A über 5 fm mit 8,24 M
1 Zinschein zu d. Stück Lit. B über 2 fm mit 3,29 M
1 Zinschein zu d. Stück Lit. C über 1 fm mit 1,65 M
1 Zinschein zu d. Stück Lit. D über 1/2 fm mit 0,82 M
1 Zinschein zu d. Stück Lit. E über 1/4 fm mit 0,41 M

Die Einlösungstellen sind auf den Zins Scheinen bezeichnet.

Böhrenbach, den 12. Oktober 1929.
Stadtgemeinde Böhrenbach.
Der Bürgermeister: Kraut.

Diese Woche

**Meßkircher
Gold-Lotterie**
Ziehung sicher 18. u. 19. X.
Alle Gewinne ohne Abzug
RM. 12500
Höchster Gewinn
a. 1 Doppellos
RM. 8000

Los 50 Rpt., Doppell. 1 RM.
Porto und Liste 30 Rpt.
Stürmer, Mannheim
Postch. 17043 Karlsruhe
u. a. Verkaufsstellen

Badisches Landestheater
Mittwoch, 16. Oktober
Nachmittags:
1. Vorstellung der Schüler-
miete
**Minna von Barthelm
oder das Goldatenglied**
von Lessing
Regie: Dr. Landgrebe

Mitwirkende:
Ermardt, Rademacher,
Schreiner, Brand, Graf,
Höder, Just, Kuhne, Prüter,
Schneider, Schulze,
v. d. Trend

Anfang 15^h, Ende n. 17^h,
Preise A (0,70—5,00 RM)
Plätze im 2., 3. und 4.
Rang sind für den allge-
meinen Verkauf freigehal-
ten

*E 4. Th.-Gen. 201—300
Ljubostichs Hochzeit
Komödie von Tolstoi
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:
Ermardt, Frauendorfer,
Genter, Quaiser, Schrei-
ner, Brand, Dahlen, Gem-
mede, Graf, Herz, Hied,
Höder, Just, Kuhne, Meh-
ner, Müller, Prüter, Schnei-
der, Gebeisen, Rangel,
Schäfer, Seier, Grimm,
Selbert

Anfang 20 Ende n. 22^h,
Preise A (0,70—5,00 RM)
Do., 17. Okt. Fideho

Pflasterarbeiten

Auf Grund der Reichs-
verordnungsverordnung f.
Bauleistungen haben wir
nachstehende Arbeiten öf-
fentlich zu vergeben:

Pflasterung der Land-
straße Nr. 45 im Ort Biel.
Los I u. Los II je 2000 qm
Pflasterunterlage u. Klein-
pflasterherstellung.

Zeichnungen und Be-
dingungen liegen auf dem
Bauamt zur Einsicht öf-
fen. Abgabe von Ange-
botsvorbrufen zu 1 M.

Angebote sind verschlof-
fen mit der Aufschrift
„Pflasterung Biel“, bis
Mittwoch, den 23. Oktober
1929, vorm. 11 Uhr, beim
Bauamt einzureichen. Zu-
schlagsfrist 2 Wochen.
Bad. Wasser- u. Straßen-
bauamt.